

## Ein großes Durcheinander unter dem chinesischen Himmel?

### Politisch-soziale Unruhen in der Volksrepublik China

Peter Schier

#### 1. Einleitung

Inflation und die dadurch noch verstärkte allgemeine politische Unzufriedenheit vor allem unter der chinesischen Stadtbevölkerung mit der Kommunistischen Partei Chinas (Stichwort: "Vertrauenskrise") sowie der Prozeß gegen die "Viererbande" und sechs frühere hohe Militärs (24.11.80 - 25.1.81) haben seit Oktober 1980 zunehmend zu politischen und sozialen Unruhen in der Volksrepublik China geführt. Ausdruck dieser Unruhen sind vor allem Bombenanschläge und Brandstiftungen sowie Arbeiterstreiks, studentische Kundgebungen und Unterrichtsboykotts.

Obwohl sich Unruheherde vor allem mit Hilfe der Rundfunkmeldungen aus den Provinzen bedingt lokalisieren lassen, ist es aufgrund der selektiven und teilweise verschleiernenden Berichterstattung in den chinesischen Massenmedien unmöglich, über das wahre Ausmaß, die angerichteten Schäden und die politische Gefährlichkeit dieser Unruhen ein abschließendes Urteil zu fällen. Die Tatsache, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas sich auf einer erweiterten Arbeitstagung im Dezember 1980 fast ausschließlich mit der Sanierung der Wirtschaft und der Stabilisierung der politischen Lage beschäftigte, zeigt jedoch u.a., daß die Führung der KP Chinas die politischen und sozialen Unruhen offenbar als sehr ernst einschätzt und eine Ausweitung der Unruhen durch drastische Wirtschaftssanierungsmaßnahmen, Bekämpfung der Inflation und eine ideologische Remobilisierung verhindern will (siehe meine Übersichten 13 und 57 in C.a., Januar 1981). Die auf der ZK-Arbeitstagung beschlossenen dramatischen Wirtschaftssanierungsmaßnahmen (u.a. Stornierung von Auslandsaufträgen in Milliardenhöhe) deuten darauf hin, daß die KPCh-Führung vor allem eine politische Dimensionen annehmende Ausweitung der sozialen Unruhen, bedingt durch Inflation und Wirtschaftskrise, fürchtet. Am deutlichsten hat diese Befürchtung der 1. Parteisekretär der Provinz Heilongjiang, Yang Yichen, auf einer Arbeitskonferenz des Provinzkomitees der KPCh von Heilongjiang im Januar 1981 ausgesprochen: "Worin besteht die Gefahr? Sie besteht in einer möglichen Wirtschaftskrise, die zu einer instabilen politischen Lage führen kann..." (Radio Heilongjiang, 24.1.81, nach SWB, 29.1.81).

Doch auch die Bombenattentate und Brandstiftungen, die sich während des Prozesses gegen die "Viererbande" und sechs frühere hohe Militärs häuften, scheinen die KPCh-Führung zu beunruhigen: Wenn die Berichte hierüber in den chinesischen Massenmedien - wie von manchen vermutet (siehe z.B. C.Bargmann in FAZ, 4.3.81) - lediglich eine propagandistische Dramatisierung von Terrorakten wären, dann wäre der Erlaß einer nationalen Notverordnung über die strikte Kontrolle von Produktion und Verkauf von explosiven Stoffen und über das strikte Verbot des Transports solcher Materialien auf Land-, See- und Luftfahrzeugen nicht notwendig gewesen.

Sollte es der Führung der KPCh nicht gelingen, mit Hilfe von wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen den politischen

und sozialen Unruhen Herr zu werden, müßte die Chinesische Volksbefreiungsarmee, die bereits bei der Bekämpfung der augenscheinlich anwachsenden Gewaltkriminalität eingesetzt wird, auch für die Niederhaltung von Unruhen aktiviert werden. Dies könnte nicht nur zu einer weiteren Entfremdung zwischen Kommunistischer Partei und Bevölkerung führen, sondern auch in einer größeren politischen Einflußnahme der Armee resultieren. Beides kann nicht im Interesse der herrschenden Deng-Xiaoping-Fraktion sein.

Im folgenden werden die Berichte der chinesischen Massenmedien über Bombenanschläge und andere "Sabotageakte" sowie Arbeiterstreiks und Studentenunruhen in systematischer Zusammenfassung wiedergegeben. Bei den Berichten fällt auf, daß sich die Unruhen offensichtlich im wesentlichen auf die Städte beschränken, während auf dem Land Ruhe herrscht.

#### 2. Bombenanschläge

Bombenanschläge wurden aus den Städten Beijing und Shanghai sowie aus den Provinzen Heilongjiang, Jiangsu, Liaoning und Shandong explizit gemeldet. Versuchte Bombenanschläge soll es in der chinesischen Hauptstadt Beijing und in den Provinzen Henan, Hunan, Qinghai, Xinjiang und Yunnan gegeben haben. Den verschiedenen Berichten zufolge, die fast ausschließlich von den lokalen Massenmedien verbreitet wurden, richteten sich die meisten Bombenanschläge gegen Eisenbahneinrichtungen (siehe u.a. Xinhua, 24.1.81, nach SWB, 31.1.81; vgl. Xinhua, 18.12.80, nach SWB, 1.1.81). Zeitlich fielen die Bombenanschläge mit dem Prozeß gegen die "Viererbande" und sechs frühere hohe Militärs zusammen. Verantwortlich gemacht hierfür wurden "Überbleibsel der Viererbande und der Lin-Biao-Clique", d.h. maoistische Oppositionelle. In einigen Berichten war in diesem Zusammenhang von geheimen Kontakten und Untergrundorganisationen dieser Personen die Rede.

Von maoistischen Untergrundorganisationen, die terroristische Anschläge planten, berichtete bereits im Juni 1980 die gewöhnlich gutinformierte Hongkonger Zeitschrift "Dongxiang", hinter der die Organisation der KPCh in Hongkong steht. Bereits Anfang Mai 1980 hatte die Volkszeitung "Untergrundaktivitäten" und "verschiedene Formen von Sabotage" von Anhängern der Kulturrevolution beklagt. In Anbetracht der gehäuften Bombenanschläge seit Beginn des Prozesses gegen die "Viererbande" am 24. November 1980 schrieb die "Rote Fahne" Mitte Januar 1981, daß die Anhänger der "Viererbande" zwar vereinzelt Unruhe schaffen könnten, jedoch nicht landesweit.

Anfang Dezember 1980 scheinen die Bombenanschläge und Brandstiftungen jedoch offenbar ein derartiges Ausmaß angenommen zu haben, daß sich die Staatliche Wirtschaftskommission, das Ministerium für öffentliche Sicherheit, das Eisenbahn-Mini-

sterium und sechs weitere Ministerien und Kommissionen veranlaßt haben, eine Nationale Notverordnung über die strikte Kontrolle von Produktion und Verkauf von explosiven und feuergefährlichen Materialien und über das strikte Verbot des Transports derartiger Güter auf Land-, See- und Luftfahrzeugen zu erlassen. In der Verordnung heißt es u.a., daß in den vergangenen Jahren von einigen Einheiten illegal feuergefährliche Materialien und Explosivstoffe, wie Handfeuerwaffen und Zünder, hergestellt worden seien. Einige Passagiere hätten diese gefährlichen Materialien auf Zug-, Schiff- und Luftreisen mitgeführt, wobei es oft zu Feuersbrüchen und Explosionen gekommen sei. Dadurch seien große Verluste an Menschenleben und Eigentum entstanden. In der Verordnung werden die Transport- und Sicherheitsbehörden angewiesen, jenen Personen den Zutritt zu Bahnhöfen, Hafenanlagen und Lufthäfen zu verweigern, die entflammbare Materialien und Explosivstoffe mit sich führen. Darüber hinaus wurde ein Verbot für die unautorisierte Produktion und den illegalen Verkauf von gefährlichen Artikeln, wie Zündmaterialien und Handfeuerwaffen, die aus chemischen Stoffen wie Kaliumchlorid, rotem Phosphor und Realgar bestehen, ausgesprochen (Xinhua, 18.12.80, nach SWB, 1.1.81).

Zweifelsohne dürfte diese Verordnung auch in Zusammenhang mit dem Neujahrsfest erlassen worden sein, um den Transport von Feuerwerkskörpern zu verhindern. Dieser Zusammenhang wird auch aus einer Xinhua-Meldung vom 19. Januar 1981 (nach SWB, 22.1.81) ersichtlich, in der es heißt, daß in dem Zeitraum vom 6. bis 15. Januar 1981 bei Eisenbahnpassagieren mehr als 19 Millionen Feuerwerkskörper gefunden wurden. Bereits im vergangenen Jahr hatte es vor dem Neujahrsfest Aufrufe zur Vorsicht beim Transport und bei der Verwendung von Feuerwerksartikeln gegeben. Die Verordnung vom Dezember 1980 spricht jedoch nicht nur vom Transport feuergefährlicher Materialien, sondern auch von der illegalen Produktion, dem illegalen Verkauf und dem illegalen Transport von Sprengstoffen und Feuerwaffen (soweit die englische Übersetzung der Verordnung korrekt ist; das chinesische Original lag leider nicht vor), so daß diese Verordnung vor allem im Zusammenhang mit den gemeldeten Bombenanschlägen, insbesondere auf Eisenbahneinrichtungen (Xinhua, 18.12.80 und 24.1.81, nach SWB, 1.1.81 und 31.1.81), gesehen werden muß.

Es folgt eine Aufstellung der 22 von insgesamt 29 Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte, aus denen Ende 1980/Anfang 1981 Meldungen über "Sabotageakte", "Unruhen", "Attentate", "Brandstiftungen", "Bombenanschläge" o.ä. vorliegen:

#### Regierungsunmittelbare Stadt Beijing

Am 29. Oktober 1980 wurden bei einem Bombenanschlag im Beijinger Hauptbahnhof 10 Menschen getötet und 81 verletzt (siehe C.a., Oktober 1980, S.862). Die der KPCh nahestehende Hongkonger Zeitschrift Zhengming berichtete in ihrer Dezember-Ausgabe, daß es sich bei dem dabei verwendeten Sprengstoff um relativ hochwertiges Material gehandelt habe, das keineswegs dem entspreche, das normalerweise in der chinesischen Landwirtschaft zu Sprengungen benutzt werde. Darüber hinaus hätten sich in dem Sprengsatz Maschinenpistolenkugeln befunden, zu denen ein normaler Mensch keinen Zugang habe. Wenn dieser Bericht zutrifft, könnten die Materialien für den Beijinger Sprengsatz aus Armee- oder Milizbeständen stammen. Bei dem Attentäter handelte es sich um einen früheren VBA-Soldaten, der jedoch bereits seit 1975 demobilisiert worden war. In den letzten Monaten hatte es verschiedentlich Berichte über Waffendiebstähle aus entsprechenden Depots gegeben (siehe C.a., Oktober 1980, S.862; SWB, 4.10.80; Radio Qinghai, 23.9.80, nach SWB, 4.10.80; Radio Innere Mongolei, 14.12.80, nach SWB, 1.1.81).

In der Hongkonger Presse sind mittlerweile Zweifel an der offiziellen Darstellung der Ursachen des Bombenanschlags im Beijinger Hauptbahnhof angemeldet worden, nach der der Attentäter aus persönlicher Unzufriedenheit gehandelt habe. Die Zeitschrift "Zhengming" wies darauf hin, daß der Beginn des Prozesses gegen die "Viererbande" und sechs frühere hohe Militärs ursprünglich für den 28. Oktober 1980 angesetzt worden sei, und stellte damit eine Verbindung zwischen dem Beijinger Prozeß und dem Bombenanschlag her (Zhengming, 1.12.80, S.46). Am 28. Oktober 1980 soll es auch auf einem Bahnhof in der Provinz Shandong zu einem Bombenanschlag gekommen sein. Eine andere Erklärung deutete die Hongkonger Zeitschrift "Zhenxiang" an, nach der die Bombe genau an dem Tag explodierte, an dem Deng Xiaoping ursprünglich per Zug nach Shanghai fahren wollte (Zhenxiang, 10.1.81, S.33).

Einem AFP-Bericht vom 20.2.81 zufolge (nach MD, 23.2.81) haben die Beijinger Behörden ein aus Soldaten, Polizisten und Zivilisten bestehendes Sicherheitskorps gebildet, das als "kombiniertes Kontingent zur Aufrechterhaltung der Ordnung" bezeichnet wird und der Verbrechensbekämpfung dienen soll.

#### Provinz Fujian

Radio Fujian berichtete am 23. Januar 1981 über eine Konferenz von Parteisekretären verschiedener Ebenen, auf der u.a. "Konterrevolutionäre" angegriffen wurden, "die in schwerwiegenderem Maße die gesellschaftliche Ordnung beeinträchtigen" (nach SWB, 27.1.81).

#### Provinz Gansu

Radio Gansu berichtete am 14. Januar 1981 von einer Versammlung zur Stabilisierung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, auf der u.a. Brandstiftungen erwähnt wurden, die von "konterrevolutionären Personen" begangen worden seien (nach SWB, 24.1.81).

#### Provinz Guangdong

Von der Insel Hainan wurde eine ständige Zunahme der Gewaltkriminalität gemeldet, wobei u.a. Mord, Raub und Vergewaltigung erwähnt wurden. Dem Bericht von Radio Hainan vom 30. Dezember 1980 zufolge haben sich auch die mit Waffen ausgetragenen Clankämpfe in letzter Zeit vermehrt ereignet (nach SWB, 13.1.81). Von der Insel Hainan werden bereits seit einhalb Jahren permanent Unruhen gemeldet (siehe u.a. C.a., August 1979, S. 13 und C.a., Oktober 1980, S.862) - es scheint sich hier offenbar um einen der unruhigsten Landesteile der VR China zu handeln.

#### Provinz Guizhou

Radio Guizhou berichtete am 24. Februar 1981 von einem "chaotischen Zustand der gesellschaftlichen Ordnung" (nach SWB, 3.3.81).

#### Provinz Hebei

"Sabotage" und Brandstiftung wurden von der Hebei Ribao (Tagzeitung von Hebei) und Radio Hebei gemeldet. Als Urheber wurden Personen genannt, die "die ganze Welt in ein Chaos stürzen wollen" (Radio Hebei, 18.1.81, nach SWB, 2.2.81; Hebei Ribao, 19.1. und 3.2.81, nach SWB, 14. und 17.2.81).

#### Provinz Heilongjiang

In seiner Schlußansprache auf der Arbeitstagung des Provinzkomitees der KPCh von Heilongjiang sprach der 1. Provinzpartei sekretär Yang Yichen u.a. von Waffen- und Munitionsdiebstählen, Sprengstoffanschlägen, Mord und Brandstiftung, die von Kriminellen begangen würden (Radio Heilongjiang, 16.1.81, nach SWB, 20.1.81). Am 4. Januar 1981 hielt die Provinzregierung eine Telefonkonferenz ab, auf der die Durchführung der nationalen Notverordnung über die Kontrolle

der Produktion und des Verkaufs von feuergefährlichem Material und Sprengstoffen besprochen wurde. Daß die nationale Verordnung nicht nur den Neujahrsfeuerwerkskörpern gilt, wurde auch an dem Bericht über die Telefonkonferenz in Heilongjiang deutlich: So sollen auch solche Fabriken in Zukunft besser kontrolliert werden, die Dynamit herstellen (Radio Heilongjiang, 4.1.81, nach SWB, 13.1.81).

#### Provinz Henan

Radio Henan berichtete am 27. Januar 1981 von "Überbleibseln der konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing, die es wagen, in ihren Sabotageaktivitäten fortzufahren und Unruhe zu stiften" (nach SWB, 6.2.81).

#### Provinz Hubei

Radio Hubei berichtete am 4. Januar 1981 von "konterrevolutionären und kriminellen Aktivitäten" der "Restkräfte von Lin Biao und der Viererbande, die die Welt in ein Chaos stürzen wollen" (nach SWB, 10.1.81).

#### Provinz Jiangsu

Xinhua Ribao berichtete am 19. Januar 1981 u.a. von "illegalen Organisationen und Publikationen", von Mord, Brandstiftung und Sprengstoffanschlägen. Als Urheber wurden genannt: Konterrevolutionäre, "Überbleibsel von Lin Biao und der Viererbande" und "Leute, die die Welt in ein Chaos stürzen wollen" (nach SWB, 19.2.81). Radio Jiangsu brachte am 4. Februar 1981 einen Bericht über die Arbeitstagung des Provinzparteikomitees von Jiangsu (das sich wie in allen anderen Provinzen mit den Beschlüssen der ZK-Arbeitstagung beschäftigte), auf der u.a. "Sabotageakte von Konterrevolutionären und Kriminellen" zur Sprache kamen (nach SWB, 10.2.81).

Am 21. Januar 1981 wurden im Bezirk Zhenjiang der Provinz Jiangsu mehrere Personen - darunter "Gefolgsleute von Lin Biao und der Viererbande" - wegen der Bildung einer "konterrevolutionären Vereinigung" und "konterrevolutionärer Sabotage" zu bis zu 15 Jahren Haft verurteilt (Radio Jiangsu, 27.1.81, nach SWB, 31.1.81).

#### Provinz Jiangxi

Radio Jiangxi brachte am 16. Januar 1981 einen Leitartikel der Jiangxi Ribao vom gleichen Tag, in dem von "schweren Fällen von Sabotage" die Rede war (nach SWB, 20.1.81).

#### Provinz Jilin

Radio Jilin brachte am 20. Januar 1981 einen Leitartikel der Jilin Ribao vom folgenden Tage, in dem u.a. von Sabotageakten die Rede war. Der Leitartikler der Jilin Ribao gab eine interessante Erklärung für die in vielen Berichten benutzten Begriffe "Konterrevolutionäre" und "jene, die die Welt in ein Chaos stürzen wollen": Es handle sich hierbei - so der Leitartikler - um "Überbleibsel von Lin Biao und der Viererbande" (nach SWB, 23.1.81).

#### Provinz Liaoning

Radio Liaoning berichtete am 12. Januar 1981 u.a. von "Kriminellen, die Waffen und Munition stehlen und Bomben legen" sowie von Mordfällen und Brandstiftungen (nach SWB, 15.1.81).

#### Provinz Shaanxi

Radio Shaanxi berichtete am 25. und 31. Januar 1981 von Sabotageakten und Unruhen, die von "konterrevolutionären Elementen" und "Überbleibseln von Lin Biao und der Viererbande" begangen bzw. ausgelöst worden seien (nach SWB, 6. und 10.2.81).

#### Provinz Shandong

Radio Shandong brachte am 30. Januar 1981 einen Leitartikel der Dazhong Ribao, in dem u.a. von Sprengstoffanschlägen die Rede war. Auch hätten kürzlich "Restkräfte der konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing" im Untergrund Verbindungen miteinander aufgenommen, um Unruhen zu schüren (nach SWB, 3.2.81). Die Hongkonger Zeitschrift Zhenxiang meldete am 10. Januar 1981, daß es am 28. Oktober 1980 auf einem Bahnhof in der Provinz Shandong zu einer Explosion gekommen sei, bei der 8 Menschen getötet und über 50 verletzt worden seien (ebenda, S.33).

#### Regierungsunmittelbare Stadt Shanghai

Radio Shanghai brachte am 9. Januar 1981 einen Leitartikel der Shanghai Ribao vom folgenden Tag, in dem u.a. "konterrevolutionäre Elemente" beschuldigt wurden, Sprengstoffanschläge begangen zu haben (nach SWB, 14.1.81). Die Hongkonger Zeitschrift Zhenxiang berichtete am 10. Januar 1981, daß sich am 31. Oktober 1980 auf einem Frachter im Hafen von Shanghai eine Explosion ereignet habe. Angaben, ob es sich hierbei auch um einen Bombenanschlag gehandelt hat, machte die Zeitschrift nicht. Am 30. Januar 1981 berichtete Radio Shanghai, daß die Stadtregierung eine Verordnung zur besseren Kontrolle von Sprengstoff erlassen habe, um zu verhindern, daß "schlechte Elemente die gesellschaftliche Ordnung mit Sprengstoffanschlägen bedrohen". In der Verordnung wird die Bevölkerung aufgefordert, in Privatbesitz befindliche Sprengstoffe herauszugeben (nach SWB, 11.2.81). Einem AFP-Bericht vom 20.2.81 zufolge (nach MD, 23.2.81) sind in Shanghai die Patrouillen von Polizei und Armee auf den Straßen der Stadt verstärkt worden.

#### Provinz Shanxi

Radio Shanxi berichtete am 31. Januar 1981 von der Arbeitstagung des Provinzparteikomitees von Shanxi, das sich mit den wirtschaftlichen und politischen Beschlüssen der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 beschäftigte. In seiner Rede auf der Tagung des Provinzparteikomitees sprach der 1. Parteisekretär von Shanxi, Huo Shilian, u.a. von "Sabotage, die in schwerwiegender Weise die gesellschaftliche Ordnung beeinträchtigt". Als Urheber nannte er "Konterrevolutionäre" und "Kriminelle" (nach SWB, 9.2.81).

#### Provinz Sichuan

Radio Sichuan zitierte am 11. Februar 1981 die Sichuan Ribao vom darauffolgenden Tag, die in einem Artikel von "Konterrevolutionären" berichtete, die mit "Sabotage" und Brandstiftung die gesellschaftliche Ordnung gefährden würden (nach SWB, 14.2.81).

#### Regierungsunmittelbare Stadt Tianjin

Radio Tianjin berichtete am 16. Dezember 1980 von einer Arbeitskonferenz der Tianjiner Stadtregierung, auf der u.a. ein Ansteigen der Brandstiftungen in letzter Zeit beklagt wurde (nach SWB, 1.1.81).

#### Autonomes Gebiet Tibet

Radio Tibet berichtete im Januar mehrfach von "konterrevolutionären Saboteuren", "öffentlichen Unruhen" und "reaktionären Kräften, die Sabotage betreiben" (nach SWB, 27. und 31.1.81). Diese Meldungen scheinen sich jedoch hauptsächlich gegen tibetische Oppositionelle zu richten, die die chinesische Oberherrschaft über Tibet ablehnen. So hieß es in einer Radiomeldung vom 23. Januar 1981, daß "eine Handvoll von schlechten Elementen Uneinigkeit zwischen die Nationalitäten gesät und die Einheit des Vaterlandes unterminiert hat" (nach SWB, 27.1.81).

#### Provinz Yunnan

Radio Yunnan berichtete am 23. Januar 1981 u.a. von einer

"Handvoll Konterrevolutionären und Kriminellen, die die ganze Welt in ein Chaos stürzen wollen und tollwütig alle Arten von Sabotage und Gesetzesverstößen begehen. Obwohl es sich nur um eine kleine Anzahl von Personen handelt, sind die zerstörerischen Kapazitäten groß, und sie stellen die größte verborgene Gefahr für Stabilität und Einheit dar" (nach SWB, 27.1.81).

### Provinz Zhejiang

Radio Zhejiang berichtete am 3. Februar 1981 von einer Arbeitstagung des Provinzparteikomitees, auf der u.a. "Unruhen" beklagt wurden, die teilweise von "Restkräften von Lin Biao und der Viererbande" verursacht worden seien (nach SWB, 17.2.81).

### 3. Streiks

Mehreren inoffiziellen Berichten zufolge hat die Zahl der Streiks in den letzten Wochen in verschiedenen Landesteilen Chinas zugenommen. Als Orte von Arbeitsniederlegungen wurden die Städte Shanghai und Wuhan sowie die Provinzen Guangdong, Heilongjiang, Hubei, Shaanxi und Sichuan genannt. Hauptursachen der Streiks sollen die steigende Inflation, nicht erfüllte Lohnforderungen, schlechte Wohnbedingungen, Unzufriedenheit über die Betriebsleitung und Forderungen nach Zulassung von unabhängigen Gewerkschaften sein (FAZ, 18.2.81; IHT, 30.1.81; AS, 17.1.81; Dongxiang, 16.2.81, S.6).

Politische Brisanz haben vor allem die Bestrebungen eines Teils der Arbeiterschaft (vor allem Jungarbeiter), von der KPCh unabhängige Gewerkschaften zu gründen. Derartige Aktivitäten hat es zumindest in der Provinz Hubei, in der Hauptstadt der Provinz Shanxi, Taiyuan (AFP, 3.3.81, nach MD, 4.3.81), und in Shanghai (FAZ, 18.2.81) gegeben. Ende Januar 1981 berichtete die Yangzi Ribao (Yangzi-Tageszeitung), die in Wuhan, der Hauptstadt der Provinz Hubei, erscheint, erstmals von der Forderung chinesischer Arbeiter nach freien Gewerkschaften: "Eine kleine Zahl von Leuten, die die Nation ins Chaos stürzen möchte, versucht, von der Parteiführung loszubrechen und sogenannte freie Gewerkschaften zu gründen" (zit. nach H.Opletal, in FR, 4.2.81; vgl. FAZ, 31.1.81). Auch die Zeitung "Hubei Ribao" verurteilte am 21. Januar 1981 "einige wenige Unruhestifter", die versucht hätten, "sich von der Führung durch die Partei zu lösen, und sich sogar öffentlich der Führung durch die Partei widersetzt haben" (Radio Hubei, 21.1.81, nach SWB, 10.2.81).

Aus Taiyuan, der Hauptstadt der Provinz Shanxi, wurde von der dortigen Lokalzeitung gemeldet, daß Arbeiter des lokalen Stahlwerks die Beendigung der "Diktatur", den Sturz der Bürokratie und "das Recht für die Arbeiter, über ihr Schicksal selbst entscheiden zu können" verlangt hätten. Es seien sogar die Forderungen aufgestellt worden, "die verrostete Tür des Sozialismus einzuschlagen" und "das Ein-Parteien-System abzuschaffen" (AFP, 3.3.81, nach MD, 4.3.81).

Der Wunsch von Arbeitern, sich in von der KPCh unabhängigen Gewerkschaften zu organisieren, scheint offenbar nicht auf die Provinz Hubei, Taiyuan und Shanghai beschränkt zu sein: So veröffentlichten die national verbreiteten Zeitungen Renmin Ribao (Volkszeitung) und Gongren Ribao (Arbeiter-Tageszeitung) am 15. Januar 1981 Leitartikel, in denen erklärt wurde, daß die Gewerkschaften unbedingt die Führung durch die KPCh anerkennen müßten. Gegen all jene, die versuchten, die Führung der Kommunistischen Partei über die Gewerkschaften zu schwächen oder gänzlich abzulehnen, müsse mit allen Mitteln gekämpft werden. Die Aufrechterhaltung der Führung der Partei über die Gewerkschaften war auch ein Thema einer nationalen Konferenz über gewerkschaftliche Basisarbeit, die

vom 25. Dezember 1980 bis zum 8. Januar 1981 in Beijing stattfand. Die gewerkschaftlichen Basiskader wurden u.a. aufgefordert, unter der Arbeiterschaft mehr ideologisch-politische Arbeit im Sinne der Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 zu leisten. Bezeichnenderweise war auch die Rede von ZK-Sekretär Song Renqiong auf dieser Gewerkschaftstagung der Stärkung der Führung der KPCh über die Gewerkschaften gewidmet (Xinhua, 14.1.81, nach SWB, 20.1.81).

Bei den Arbeitern, die unabhängige Gewerkschaften verlangen, scheint es sich größtenteils um Jungarbeiter mit einem gewissen intellektuellen Hintergrund zu handeln. Viele Jungarbeiter in den Städten sind Absolventen der Oberstufe der Mittelschule, die keine Chance hatten, eine Universität zu besuchen. Ein großer Teil der von der Parteiführung als "bürgerlich" bezeichneten Oppositionellen, die 1978/79 auf Wandzeitungen und in selbstgemachten Zeitschriften mehr Demokratie forderten, rekrutierte sich aus dieser intellektuellen Jungarbeiterschicht.

Für das Verlangen von Arbeitern nach unabhängigen Gewerkschaften mögen u.a. folgende Gründe maßgeblich sein:

1. Materielle Unzufriedenheit bzw. Unzufriedenheit über die KPCh-Gewerkschaften, weil diese in erster Linie die politischen Interessen der KPCh und weniger die Forderungen der Arbeiterschaft, u.a. die Forderung nach Ausgleich der Preissteigerungen durch Lohnerhöhungen, vertreten.
2. Allgemeine Unzufriedenheit mit der KPCh (Stichwort "Vertrauenskrise").
3. Unzufriedenheit darüber, daß die versprochenen demokratischen Wahlen zu den Volkskongressen und Belegschaftsvertretungen offenbar nach wie vor von den KPCh-Organen dominiert oder sogar manipuliert werden.
4. Der Einfluß der Entwicklung in Polen, über die zunächst sehr ausführlich in den chinesischen Massenmedien berichtet wurde. Anstelle der Forderungen der unabhängigen polnischen Gewerkschaft "Solidarität" zitiert die chinesische Presse jetzt häufiger Warnungen der polnischen Parteiführung vor einer "Abkehr vom Sozialismus". Für den Fall einer größeren Ausweitung der Streikbewegung soll Deng Xiaoping auf der ZK-Arbeitstagung im Dezember 1980 sogar die Ausrufung des Ausnahmezustands und den Einsatz der Armee angedroht haben (nach H.Opletal, in FR, 4.2.81).

In diesem Zusammenhang ist ein Bericht der Hongkonger KPCh-orientierten Zeitschrift Jingbao vom 10. Februar 1981 interessant, nach dem das Zentralkomitee der KPCh unlängst eine Studie über die wirtschaftliche Situation Polens vor der Streikwelle der polnischen Arbeiter in Auftrag gegeben hat. Die Studie, die mittlerweile fertiggestellt wurde, sei von einem sehr renommierten Forschungsinstitut erstellt worden - wahrscheinlich von der Akademie der Sozialwissenschaften, die den Braintrust der Deng-Administration darstellt. Die Studie, in der auch ein Vergleich der wirtschaftlichen Situation Polens mit der Chinas vorgenommen wird, kommt - der Zeitschrift Jingbao zufolge - zu dem Schluß, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Situation der Volksrepublik China erheblich schlechter sei als die wirtschaftliche Situation Polens vor der dortigen Streikwelle. So habe die Inflationsrate in Polen zwischen 10 und 20 Prozent gelegen, während sie in China das Dreifache dessen betrage. Letztere Angabe scheint jedoch weit übertrieben und wohl eher extreme Preissteigerungen für einige Güter in den Städten zu betreffen. Die ebenfalls KPCh-orientierte Hongkonger Zeitschrift Dongxian bezifferte in ihrer Ausgabe vom 16. Februar 1981 die städtische Inflationsrate des Jahres 1980 mit maximal 15%

(ebenda, S.6), wobei ebenfalls unklar bleibt, um welche Güter es sich handelt und mit welcher Gewichtung dieser Güter (Struktur des Warenkorbs) die Berechnung der Inflationsrate vorgenommen wurde. Offizielle Angaben zufolge war 1979 der "Gesamtstand der Einzelhandelspreise (die festgelegten Verkaufspreise im staatlichen Handel, die des staatlichen Marktes und des freien Marktes)" um 5,8% gestiegen ("Kommuniqué über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1979" vom 30.4.80, in C.a., April 1980, S.331).

Um einer Entwicklung wie in Polen vorzubeugen, sollen nach dem Willen der nationalen Gewerkschaftsführung in allen Fabriken sogenannte Arbeiterkongresse, d.h. von den Arbeitern gewählte Interessenvertretungsorgane, eingerichtet werden. Bisher sind in lediglich ca. 30.000 Industriebetrieben Arbeiterkongresse eingerichtet worden - allein die Zahl der staatlichen Industriebetriebe beläuft sich auf über 350.000. Das Organ des chinesischen Gewerkschaftsverbandes, die Gongren Ribao (Arbeiter-Tageszeitung), schrieb am 18. Februar 1981 u.a. hierzu, daß die Arbeiter über ihre betrieblichen Interessenvertretungsorgane ihre Meinungen äußern und ihre Forderungen und Ideen vorbringen könnten. Dem Leitartikel der Gongren Ribao zufolge haben die Arbeiterkongresse folgende Rechte:

1. Prüfung von Angelegenheiten, die die Produktion und das Management betreffen;
2. Entscheidung über Probleme innerhalb der Grenzen der betrieblichen Zuständigkeit, insbesondere solche, die die unmittelbaren Interessen der Arbeiter berühren, wie z.B. Gehälter, Prämien und die Sicherheit am Arbeitsplatz;
3. Überwachung aller Führungskräfte des Betriebes;
4. Wahl und Entlassung leitender Angestellter;
5. Einspruchsrecht gegen Anweisungen von Verwaltungsabteilungen höherer Ebenen.

In einem Kommentar der Gongren Ribao vom 19. Februar 1981 unter dem Titel "Nur der Sozialismus kann China retten" hieß es, daß man nicht einfach einen Vergleich zwischen der ökonomischen Entwicklung und dem materiellen Lebensstandard in China und in den entwickelten kapitalistischen Ländern vornehmen dürfe. Zweifel an der Notwendigkeit und Korrektheit des sozialistischen Wegs seien nicht angebracht, da das sozialistische System dem kapitalistischen System hundertfach, ja sogar tausendfach überlegen sei. Einer bürgerlichen Liberalisierung dürfe nicht stattgegeben werden (nach Xinhua, 19.2.81, in SWB, 24.2.81).

#### 4. Unruhe unter der Studentenschaft

Studentendemonstrationen und Unterrichtsboykott wurden in den letzten Monaten aus Changsha (Provinz Hunan) und Kaifeng (Provinz Henan) gemeldet. Grund für die Aktionen der Studenten in Changsha im Oktober 1980 war die Ablehnung eines von ihnen für die Wahlen zum Volkskongreß der Stadt aufgestellten Kandidaten durch das Parteikomitee der örtlichen Pädagogischen Hochschule (FEER, 31.10.80). Ein ähnlicher Grund ist auch für die Unzufriedenheit unter den Studenten an der Beijing-Universität zutreffend: Dort wehrt sich das Parteikomitee gegen die Wahl des Studenten Li Shengping zum Abgeordneten des Volkskongresses des Beijinger Stadtbezirks Haidian. Li, der 70% der Stimmen bei den Wahlen im November 1980 erringen konnte, gehört nicht der KPCh an und hatte sich während des Wahlkampfes in einer zweistündigen Rede für den zu 15 Jahren Haft verurteilten Oppositionellen Wei Jingsheng eingesetzt. Darüberhinaus hatte Li Shengping während des "Beijinger Frühlings" im Jahre 1979 für eine Untergrundzeitschrift Artikel verfaßt (IHT, 19.1.81). Die Tatsache,

daß Li 70% der Stimmen auf sich vereinigen konnte, während die der Partei genehmen Kandidaten nur einige wenige Prozentpunkte erhielten, bewog die Beijinger Parteiführung, die Wahlen an der Beijinger Qinghua-Universität zum Bezirksvolkskongreß von Haidian und zur Studentenvereinigung zu verschieben und zunächst durch "ideologisch-politische Arbeit" zu gewährleisten, daß letztlich der KPCh genehme Kandidaten gewählt wurden (siehe die Übersicht "'Falsche Demokratie' an der Qinghua-Universität?" in diesem Heft).

Die Auseinandersetzungen über Wahlen und Wahlergebnisse an den Hochschulen scheinen sich jedoch nicht auf Changsha und Beijing zu beschränken: Einer AFP-Meldung vom 25. Januar 1981 zufolge (nach NZZ, 27.1.81) verlautete aus chinesischen Studentenkreisen, daß in der letzten Zeit an rd. 20 Hoch- und Fachschulen Streiks ausgebrochen seien. Dabei sei u.a. auch gefordert worden, die Veröffentlichung von regierungsunabhängigen Zeitungen zu gestatten. Seit Ende Dezember 1980 läuft in mehreren Städten eine von Studenten der Beijing-Universität organisierte Unterschriftenaktion für ein neues Pressegesetz, das auch nicht-offizielle Publikationen legalisieren soll (FR, 4.2.81; IHT, 19.1.81).

#### 5. Unruhen unter der landverschickten Jugend

Rund 30.000 in paramilitärischen Arbeitstrupps organisierte Jugendliche haben in dem an die Sowjetunion grenzenden Autonomen Gebiet Xinjiang im November und Dezember 1980 für die Rückkehr in ihre Heimat Shanghai gestreikt und mehrere Protestkundgebungen veranstaltet. Nach längeren Auseinandersetzungen gelang es mehreren tausend Jugendlichen, die in den 60er und 70er Jahren zur Landerschließung in das Grenzgebiet verschickt worden waren, ihre Forderungen durchzusetzen. Während die Xinjianger Behörden jedoch Wohnsitzgenehmigungen für Shanghai ausstellten, weigerte sich die Shanghaier Stadtverwaltung aufgrund der angespannten Arbeitsplatzsituation und der Übervölkerung von Shanghai, die zurückgekehrten Jugendlichen auf Dauer aufzunehmen. Zur Lösung dieses Konflikts erheblichen Ausmaßes wurde Politbüromitglied Wang Zhen nach Xinjiang entsandt, wo er die Jugendlichen zum Bleiben aufforderte. Die Volkszeitung berichtete am 29. Januar 1981, daß 300 der in ihre Heimatstadt Shanghai gereisten Jugendlichen wieder nach Xinjiang zurückgekehrt seien. Einem Bericht der gleichen Zeitung vom 20. Februar zufolge waren bis zum 15. Februar über 1.000 Shanghaier Jugendliche nach Xinjiang zurückgekehrt (siehe auch H.Opletal, in FR, 4. und 5.2.81; Xinhua, 23.1.81, nach SWB, 26.1.81).

Eine Ausweitung der Unruhen unter der landverschickten Jugend könnte erhebliche negative Folgen für das soziale und politische Klima haben: Seit den 60er Jahren sind ca. 17 Millionen chinesische Mittelschulabgänger aus den Städten in dünn besiedelte ländliche Regionen verschickt worden. Die zumeist zwangsverschickten Jugendlichen wurden größtenteils Staatsfarmen oder der Armee unterstehenden Bau- und Landererschließungsdivisionen zugeteilt und paramilitärisch organisiert. Die trübe Aussicht, den Rest ihres Lebens unter sehr kargen materiellen Bedingungen zu verbringen, die Trennung von der Familie und der Heimatstadt, die Schwierigkeit, einen Ehepartner zu finden, und die fehlenden Weiterbildungs- und Aufstiegschancen schufen für die meisten Jugendlichen schwere psychische Probleme und dürften bei vielen Jugendlichen zu einer Entfremdung von der politischen Führung des Landes geführt haben. In den letzten Jahren kehrten immer mehr dieser landverschickten Jugendlichen illegal in die Städte zurück, wo viele von ihnen in den kriminellen Untergrund abtauchen mußten, weil sie als Illegale ohne Wohnsitzbescheinigung keine Arbeit zugeteilt bekommen und darüber hinaus keine Rationierungsmarken (für Reis, Speiseöl, Textilien usw.) erhalten.

## 6. Die politische Brisanz der Positionen der demokratischen Opposition

Die Vertreter der demokratischen Opposition, die sich während des sog. Beijinger Frühlings 1978/79 bildete, rekrutieren sich vor allem aus Jungarbeitern mit Mittelschulbildung, Studenten und Kunstschaffenden. Teilweise haben sich auch KPCh-Mitglieder und Kinder von KPCh-Führungskadern den zu meist informellen Gruppen angeschlossen oder sympathisieren mit ihnen, indem sie sie auf verschiedene Weise unterstützen. Zahlenmäßig ist die demokratische Opposition im Vergleich zur Gesamtbevölkerung verschwindend gering, doch könnten ihre politischen Vorstellungen - so unterschiedlich sie im einzelnen sein mögen - in Zukunft von erheblicher politischer Brisanz sein, da sie die Alleinherrschaft der KPCh in Frage stellen und daher - vor allem in einer wirtschaftlich, politisch und sozial kritischen Situation - unter unzufriedenen Teilen der chinesischen Bevölkerung breite Zustimmung finden könnten. Insbesondere die Theorie von der Existenz einer Bürokratenklasse bzw. einer privilegierten Funktionärsschicht in der VR China scheint mittlerweile bereits nicht mehr nur von den Vertretern der demokratischen Opposition vertreten bzw. geteilt zu werden. Ein Indiz hierfür ist ein von der VBA-Zeitung Jiefangjun Bao am 9. Februar 1981 veröffentlichter Artikel unter dem Titel "Über (den Slogan) 'Gegen die Bürokratenklasse'", der am 11. Februar von dem Organ des ZK der KPCh, der Volkszeitung, nachgedruckt wurde. Diesem Artikel zufolge beinhaltet die Theorie von der Existenz einer Bürokratenklasse in der VR China u.a. folgende Punkte:

1. In China existiert eine "Bürokratenklasse" (guanliao jieji bzw. guanliao zhuyizhe jieji) bzw. eine "privilegierte Schicht" (tequan jieji).
2. Diese privilegierte Bürokratenklasse ist identisch mit den Führungskadern der Kommunistischen Partei Chinas.
3. Grundlegende Ursache für das Aufkommen bzw. die Existenz des Bürokratismus ist die "Diktatur des Proletariats" bzw. die Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei Chinas.
4. Die Beseitigung des Bürokratismus erfordert eine Veränderung des auf der "Diktatur des Proletariats" basierenden sozialistischen Systems und der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas.

Diese das Primat der KPCh in Frage stellenden Positionen werden in dem von der Jiefangjun Bao und der Renmin Ribao abgedruckten Artikel der folgenden Kritik unterzogen: Erstens seien sie in ihrem Wesen vergleichbar mit der (maoistischen) Theorie der "Viererbande", nach der es eine "Bourgeoisie innerhalb der Partei" gibt. Zweitens stellten sie eine maßlose Übertreibung von bürokratischen Tendenzen einiger weniger Funktionäre dar. Und drittens seien sie eine Verfälschung der marxistisch-leninistischen Klassenanalyse.

Nach der marxistisch-leninistischen Klassentheorie sind gesellschaftliche Klassen "große Menschengruppen", "die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft" (Lenin, Werke, Bd.29, S.410). Der marxistisch-leninistischen Klassentheorie zufolge wurzeln in den Eigentumsverhältnissen an den wichtigsten Pro-

duktionsmitteln die ökonomische Stellung und die politische Macht einer sozialen Klasse. Analog hierzu vertritt der Autor des Artikels in der Jiefangjun Bao vom 9. Februar 1981 die Ansicht, daß sich die KPCh-Führungskader weder privat Produktionsmittel angeeignet noch eine besondere Stellung in der Produktion erklimmen haben, daß sie darüber hinaus keine besondere "Gruppe" bilden und sich auch nicht die Arbeit anderer aneignen.

Dieser Auffassung sind bereits i.J. 1974 Guangzhouer Oppositionelle in der bekannten Wandzeitung "Demokratie und Rechtssystem im Sozialismus" entgegengetreten. Ihre Autoren, Li Yi Zhe, sprechen darin u.a. von einer "privilegierten Schicht" bzw. einer "neuen Bourgeoisie" innerhalb der KPCh:

"Woher kommt es, daß die gesellschaftlichen Produkte zügellos vergeudet und von den Oberen in schockierender Weise verpraßt werden? Woher kommt es, daß ein bedeutender Teil der Kinder von hohen Kadern wie selbstverständlich ein verkapptes Erbrecht auf Eigentum und Macht haben? Worauf begründen sich die Aneignungsweise der neuen Bourgeoisie und die politischen Mittel, die diese Aneignungsweise schützen?..."

Die Aneignungsweise der neuen Bourgeoisie besteht im wesentlichen darin, daß unter den Bedingungen des sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln 'das Gemeineigentum für private Zwecke umgewandelt wird'. Indem führende Leute im Staat und in den Betrieben Eigentum und Rechte des Proletariats in bürgerlicher Weise neu verteilen, verwirklicht diese neue Bourgeoisie eine neue bürgerliche individuelle Aneignung dieses Eigentums und dieser Rechte.

Wir können heute miterleben, wie die notwendige besondere Fürsorge, die die Partei und das Volk einzelnen führenden Persönlichkeiten angedeihen lassen, aufgebläht ist und sich zu politischen und wirtschaftlichen Privilegien entwickelt hat, die außerdem unbegrenzt in Familie und Freundeskreis wuchern, bis hin zum gegenseitigen Tauschgeschäft mit den Privilegien. Über Kanäle von der Art des 'Durch-die-Hintertür-Schlüpfens' machen sie die politischen und wirtschaftlichen Positionen für ihre Söhne und Töchter zu praktisch erblichen Posten. Darüber hinaus gehen sie von ihren Privatinteressen aus und verändern die sozialistische Ausrichtung der von ihnen geführten Unternehmungen. Sie praktizieren eine sektiererische Personalpolitik und züchten eine 'neue aristokratische' Clique und Machtgruppe heran, die sich über die Interessen des Volkes erhebt und ihnen entgegensteht." (Li Yi Zhe, H. Op1etal, P. Schier, "China: Wer gegen wen?", Berlin 1977, S.54-55, 111)

Derartige Ansichten waren teilweise auch während des sog. Beijinger Frühlings 1978/79 vertreten worden, blieben jedoch - soweit bekannt - auf die intellektuellen Zirkel der demokratischen Opposition beschränkt. Von einem Übergreifen des demokratischen Funks auf Teile der Arbeiterschaft wurde erst zu Beginn dieses Jahres etwas bekannt, als über die Forderungen von Arbeitern nach unabhängigen Gewerkschaften und dem Sturz der Bürokratie berichtet wurde (siehe 3. Streiks). In Taiyuan, der Hauptstadt der Provinz Shanxi, sollen Drucker sogar eine "Demokratische Partei Chinas" gegründet haben. Drei Führer dieser vom Taiyuaner Volksgericht als "konterrevolutionäre Gruppe" bezeichneten Partei wurden mittlerweile zu zwei bzw. drei Jahren Gefängnis verurteilt (Reuter, 4.3.81, nach MD, 5.3.81).

Die auf der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 gefaßten Beschlüsse zur Stabilisierung der politischen Lage richten sich deshalb auch nach außen vor allem gegen die demokratische Opposition (siehe die Übersicht "Gegen wen richtet sich

die Forderung nach Stabilität und Einheit" in diesem Heft). Durch politisch-ideologische Arbeit soll die Bevölkerung vor allem von der Notwendigkeit der alleinigen Führung des KPCh überzeugt werden, um ein Übergreifen demokratischen Gedankengutes auf breitere Teile des Volkes zu verhindern.

## 7. Zusammenfassung

Die Bombenanschläge und Brandstiftungen, die - insbesondere während des Prozesses gegen die "Viererbande" und sechs frühere hohe Militärs - höchstwahrscheinlich von maoistischen Oppositionellen ausgeführt wurden und evtl. noch werden, stellen zwar eine gewisse Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung dar, dürften jedoch allein genommen für die politische Stabilität der herrschenden Deng-Xiaoping-Fraktion keine Gefahr darstellen. Zusammen mit der ansteigenden Gewaltkriminalität in den Städten könnten sie jedoch zu einer größeren politischen Einflußnahme der Armee führen, die bereits zur Verbrechensbekämpfung in einigen Großstädten eingesetzt werden mußte. Bekanntlich lehnen Teile des VBA nach wie vor den nachmaoistischen Kurs der Deng-Xiaoping-Fraktion ab, weil sie ihn entweder als eine politische Rechtsabweichung betrachten oder ihre gegenwärtigen politischen Machtpositionen gefährdet sehen.

Weitaus größere politische Brisanz haben vermutlich die Streiks von Arbeitern für Lohnerhöhungen (Inflationsausgleich) und unabhängige Gewerkschaften, die Unruhe unter der Studentenschaft (Unterrichtsboykott und Demonstrationen) und die Aktionen von landverschickten Jugendlichen, wie z.B. in Xinjiang. Eine durchaus vorstellbare Ausbreitung dieser Unruhen kann möglicherweise nur mit Hilfe der politisch teilweise unzuverlässigen Armee verhindert werden, denn eine echte Lösung der Probleme der drei obengenannten Gruppen kann die KPCh aus ökonomischen und politischen Gründen nicht anbieten:

1. Erneute Lohnerhöhungen für die Arbeiter der Staatsbetriebe als Ausgleich für die Inflation des Jahres 1980 sind angesichts leerer Staatskassen nicht möglich, es sei denn, man erhöht erneut den Geldumlauf - was man erklärtermaßen nicht beabsichtigt, da dies zu einem erneuten Inflationsschub führen würde.
2. Unabhängige Gewerkschaften, die bisher offenbar nur von einer kleinen Zahl von Arbeitern (vor allem Jungarbeitern) gefordert werden, werden aufgrund des alleinigen Herrschaftsanspruchs der KPCh von der Partei grundsätzlich abgelehnt.
3. Demokratievorstellungen der Studentenschaft, die am Primat der KPCh rütteln und damit die alleinige Führung durch die KPCh gefährden könnten, werden von der Partei ebenso abgelehnt wie die Wahl von - nach den Maßstäben der Partei - politisch unzuverlässigen Volksvertretern.
4. Eine Rückkehr von Millionen von landverschickten Jugendlichen in die Städte muß von der KPCh aufgrund der äußerst schwierigen Arbeitsmarktsituation in den ohnehin überfüllten Städten abgelehnt werden.

So bleibt der KPCh kaum etwas anderes übrig, als bei den unzufriedenen Teilen der Bevölkerung um Verständnis für die gegenwärtig schwierige Lage zu werben und sie erneut aufzufordern, die durch eine teilweise verfehlte Wirtschaftspolitik der Jahre 1976-1980 entstandenen ökonomischen Belastungen gemeinsam zu tragen und der Partei die Treue zu halten. In der offiziellen Sprachregelung heißt dies: "die ideologisch-politische Arbeit verstärken" - genau das ist u.a. auf der ZK-Arbeitstagung im Dezember 1980 beschlossen worden ("ideologisch-politische Arbeit" soll jedoch auch gegenüber solchen Funktionären in Partei, Staat und Armee angewendet

werden, die nach wie vor den nachmaoistischen Kurs der Deng Xiaoping-Fraktion ablehnen).

Doch wenn die nun wieder propagandistisch im ganzen Land verbreiteten Appelle, mit "revolutionärem Heroismus" materiellen und politischen Verzicht zu üben und mit "revolutionärem Optimismus" die Wirtschaftskrise zu bewältigen, nicht fruchten, müßte die KPCh-Führung zu einem Mittel greifen, dessen Einsatz Deng Xiaoping bereits auf der ZK-Arbeitstagung angedroht haben soll: die Armee. Ein umfangreicher Einsatz der Armee gegen streikende Arbeiter, Studenten und landverschickte Jugendliche könnte in zweierlei Hinsicht für die herrschende Deng-Xiaoping-Fraktion gefährlich sein: Erstens könnte dadurch der politische Einfluß der teilweise nach wie vor politisch illoyalen Armee erneut wachsen, und zweitens würde die Entfremdung zwischen der KPCh und einem großen Teil der Bevölkerung noch größer werden. Aufgrund ihres absoluten Herrschaftsinteresses wird die Deng-Xiaoping-Fraktion alles unternehmen, um das wichtigste Herrschaftsinstrument der KPCh, die VBA, politisch vollständig "auszurichten", d.h. von politisch unzuverlässigen Offizieren zu säubern. Gelänge dies, brauchte die KPCh-Führung einen größeren politischen Einfluß der VBA nicht mehr zu fürchten. Die im November/Dezember 1980 wahrscheinlich beschlossene Übernahme des Vorsitzes der ZK-Militärkommission durch Deng Xiaoping ist nur ein erster Schritt zur Lösung des Loyalitätsproblems zwischen KPCh-Führung und Teilen des Offizierskorps, und mit ideologisch-politischer Erziehung auch innerhalb der Armee allein wird sich das Problem wohl kaum lösen lassen. So erscheint eine Säuberung der VBA von politisch opponierenden bzw. unzuverlässigen Kräften für die weitere Stabilisierung der Position der Deng-Xiaoping-Fraktion unumgänglich.